

Die deutsche Waldorfschulbewegung in der Zeit des Nationalsozialismus

Von Detlef Hardorp

Erst mit dem Ende der DDR wurden Archive mit umfangreichem und maßgeblichem Material zur Unterdrückung der anthroposophischen Bewegung durch den nationalsozialistischen Staat für die wissenschaftliche Forschung zugänglich. Diese breite Quellenbasis ist durch das Buch *Anthroposophen in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945)* von Uwe Werner (1999) erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt worden. „Angesichts der relativ schmalen Quellenbasis war bisher vor allem eine Beurteilung des Verhaltens der Anthroposophen recht problematisch, weil viele Vorgänge unbekannt, andere nur bruchstückhaft belegt waren und damit der Zusammenhang einzelner Tatsachen, Äußerungen etc. nur schwer zu rekonstruieren war“, schreibt Uwe Werner in der Einleitung zu seinem Buch (Werner 1999, S. 2), das insbesondere auch ein sehr detailliertes Bild der Vorgänge um die einzelnen deutschen Waldorfschulen nachzeichnet. Dieses Bild wird ergänzt von dem außerordentlich detaillierten Überblick über die Entwicklung der Waldorfschulbewegung vom Gesichtspunkt des Autonomiegedankens in der Dissertation von Wenzel M. Götte (Götte 2000), in die der Archivbestand vom Bund der Freien Waldorfschulen erstmalig in diesem Umfang in eine Veröffentlichung einfließt.

Die 1983 erschienene Arbeit von Achim Leschinsky (Leschinsky 1983) fußt quellenmäßig fast ausschließlich auf Schriftstücken, die die Waldorfschulen an Behörden des NS-Staates gerichtet hatten. Es ist wenig verwunderlich, dass darinnen kaum Widerstandsgeist artikuliert wird – immerhin kämpften die Schulen um nicht weniger als ihr Überleben. Diese einseitige Quellensituation ist von Leschinsky bei seiner Urteilsbildung nicht genügend kritisch gewürdigt worden. Die von Götte (Götte 2000) zum ersten Mal veröffentlichten Berichte der staatlichen Schulaufsicht sprechen eine deutliche Sprache insbesondere auch dadurch, was die Inspektoren vermissten. 1935 konstatiert z.B. ein Revisor bei einer Hospitation im Geschichtsunterricht der 11. Klasse der Stuttgarter Waldorfschule, dass der Lehrer

„den Untergang Roms und der germanischen Staaten in durchaus oberflächlicher, [...] unzulänglicher Weise [behandelte]. Auf die Bitte, er möchte hierbei bis zu den biologischen Grundlagen durchstoßen, gelingt es ihm nicht, Wesentliches zu bringen. [...] Das Wort ‚Rasse‘ kommt in der ganzen Stunde überhaupt nicht vor.“ (Götte 2000, S. 487)

Götte fügt hinzu:

„Es ist anzunehmen, dass ein Lehrer, der angesichts dieser NS-Kommission selbst nach einer entsprechenden Aufforderung und wohl wissend, dass die Existenz der Schule in Gefahr ist, immer noch nicht auf rassistische Gesichtspunkte der Geschichte einzugehen bereit ist, in seinen ‚normalen‘ Unterricht erst recht keine solchen Gesichtspunkte einbezogen hat.“ (Götte 2000, S. 487)

Menschheitliche Zielsetzung im Widerspruch zur rassistisch-völkischen

Anschließend an eine Besichtigung der Dresdner Rudolf-Steiner-Schule im November 1937 verfasste Alfred Baeumler, Leiter des Referates Wissenschaft beim „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP“ (kurz „Amt Rosenberg“) ein differenziertes Gutachten über die Waldorfschulen.

In diesem Gutachten¹ schreibt er u.a., dass Steiner – wie Goethe – von der *Natur des Menschen* ausgehe.

„Insofern Rasse eine Naturwirklichkeit ist, scheint schon im Ansatzpunkt eine wesentliche Übereinstimmung zwischen der Menschenkunde des Nationalsozialismus und der Rudolf Steiners vorzuliegen.“ (zitiert nach Leschinsky 1983, S. 280)

Scheint aber nur, so Baeumler:

„Würde man jedoch versuchen, den Begriff der Rasse in unserem Sinne in diese biologische Fundierung einzuführen, dann würde er die Menschenkunde Steiners zersprengen. [...] Das Denken Rudolf Steiners ist nicht biologisch-rassistisch, sondern *biologisch-kosmisch*. [...] Daher tritt notwendig die Menschheit an die Stelle, wo nach der nationalsozialistischen Weltanschauung das Volk steht.“ (zitiert nach Leschinsky 1983, S. 280 ff)²

In seinem zweiten Gutachten von 1938 hält Baeumler die Menschenkunde Rudolf Steiners für eine antirassistische Lehre schlechthin, weil sie antibiologisch sei. „Die biologische Wirklichkeit wird vom ihm [Steiner] nicht nur übersehen, sondern bewusst in ihr Gegenteil *verkehrt*. Die Anthroposophie ist eines der konsequentesten antibiologischen Systeme, die es gibt.“ (zit. nach Werner 1999, S. 401) Es „kann nach den Grundvoraussetzungen der Anthroposophie diese [pädagogische] Zielsetzung nur eine menschheitliche, nicht eine rassistisch-völkische sein.“ (ebd. S. 403)

Die grundsätzliche Unvereinbarkeit von Nationalsozialismus und Anthroposophie wird auch in dem Bericht des Reichssicherheitshauptamtes von 1941 *Die Anthroposophie und ihre Zweckverbände* (ed. S. 423ff) (mit dem Vermerk „Geheim!“) an erster Stelle auf den Widerspruch zur Rassenlehre zurückgeführt:

„Die Anthroposophie steht im Widerspruch zur nationalsozialistischen Rassenlehre. Nach nationalsozialistischer Auffassung beziehen sich die rassistischen Vererbungsgesetze nicht nur auf den Leib, sondern auf den ganzen Menschen, auch auf Geist und Seele. Die Anthroposophie erkennt ebenso wie die christliche Kirche im Wesentlichen nur eine leibliche Vererbungslehre an, indem sie behauptet, dass lediglich der Leib des Menschen von den Eltern stammt, Geist und Seele aber aus dem Geisterreich in diesen Leib übersiedeln. Auf Grund dieser rein äußeren Rasseauffassung muss die Anthroposophie auch zu einer internationalen pazifistischen Einstellung kommen.“ (zit. nach Werner 1999, S. 427, siehe auch Bader, Ravagli 2002)

Die Erstickung der deutschen Waldorfschulen durch den Nationalsozialismus

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden die Waldorfschulen nicht sofort verboten. Beginnend in Stuttgart, werden sie allmählich erstickt. Im November 1933 hatte Oberschulrat Fromann die Stuttgarter Waldorfschule inspiziert und war zu dem Schluss gekommen, dass die Waldorfschule einen Fremdkörper im nationalsozialistischen Schulwesen bilde und daher im gegenwärtigen Staate keine Daseinsberechtigung mehr besitze (Werner 1999, S. 107). Der Staat habe die Pflicht, „diese jungen Volksgenossen, auch entgegen dem Willen der Eltern, aus der Atmosphäre jüdisch-okkulten Geistes zu entfernen“.³ Am 12. Februar 1934 erhielt die Stuttgarter Waldorfschule den Erlass des Kultusministers Mergenthaler mit dem Wortlaut:

„Das Kultusministerium hat in einem Erlass vom 10.2.1934 (Nr. 2339) angeordnet, dass keine Schüler in die erste Grundschulklasse aufgenommen werden dürfen, da der Unterricht und die Erziehung der Waldorfschule den Grundsätzen des Nationalsozialismus nicht entsprechen und da auch nicht zu erwarten ist, dass die Lehrerschaft, deren hingebende Arbeit im Dienste ihres anthroposophischen Erziehungsideal nicht verkannt werden soll, sich mit Überzeugung zu diesen Grundsätzen bekennen kann. Das Bezirksschulamt wird ersucht, sofort die nötigen Anordnungen zu treffen, um die Verteilung der für die erste Grundschulklasse bei der Waldorfschule bereits angemeldeten schulpflichtigen Kinder auf andere Schulen sicherzustellen.“⁴

Es begann ein hartnäckiger Überlebenskampf der Waldorfschulen in Deutschland, der sich über Jahre hinzog. Obwohl keine der bedrohten Waldorfschulen bereit war, ihre Grundprinzipien zu kompromittieren, zeigten etliche Einsprüche und ein geschicktes Ausspielen der oft schlecht koordinierten Behörden des nationalsozialistischen Staates immer wieder vorübergehende Erfolge.

Durch Freunde der Stuttgarter Schule, die Rudolf Heß persönlich kannten, konnte ein Eingreifen von Heß bewirkt werden, wodurch nicht nur die Stuttgarter Aufnahmesperre aufgehoben, sondern auch der im Reichserziehungsministerium auf Referentenebene beschlossene Abbau sämtlicher Waldorfschulen noch einmal herausgezögert wurde (Werner 1999, S. 122). Der Erfolg war allerdings von kurzer Dauer: Reichserziehungsminister Rust verfügte im Juni 1935, dass „die unter Vorbehalt zugelassene 1. Klasse wieder aufzulösen“ sei.⁵ Aufnahmesperren wurden dann im März 1936 von Rust im Einvernehmen mit Heß in einem Schreiben an die Unterrichtsverwaltungen der Länder für alle deutschen Waldorfschulen verfügt (Werner 1999, S. 136).

Uwe Werner schreibt:

„Das Jahr 1936 war das eigentliche Entscheidungsjahr für die [selbstverwalteten] Kollegien der Waldorfschulen. Es ist daher auch das Jahr der inneren Krisen im Bunde [der Waldorfschulen], da die unterschiedlichen Vorstellungen über das Verhalten gegenüber den nationalsozialistischen Behörden zu Differenzen führten.“ (Werner 1999, S. 207)

Schon 1935 war die Anthroposophische Gesellschaft verboten worden. Auch Heß stimmte der Auflösung zu, da „mit Recht gegen Reste der Anthroposophie vorgegangen wurde“, so Heß am 19.11.1935⁶ (Werner 1999, S. 74).

Als die Lehrer der sich in Kreuzberg befindenden Berliner Rudolf-Steiner-Schule ultimativ aufgefordert wurden, sich einzeln auf den Führer und Reichskanzler zu vereidigen und das Treuegelöbnis zu Adolf Hitler schriftlich zu bestätigen, entschied das Berliner Kollegium, kein Treuegelöbnis zu leisten und die Schule im August 1937 offiziell zu schließen (Werner 1999, S. 137, Hardorp 1998, S. 62). Die hannoveranische Waldorfschule hatte kurz zuvor die Selbstschließung beschlossen, die Schule in Altona bereits ein Jahr zuvor. Ausschlaggebend war nach Aussage einer Lehrerin der Altonaer Schule auch hier die Frage der Vereidigung der Lehrerschaft auf Adolf Hitler gewesen (Werner 1999, S. 137).

Nach den Selbstschließungen fanden fast überall noch sogenannte „Umschulungskurse“ statt, was für einige Klassen eine Gnadenfrist von einem Jahr bedeutete. Insbesondere wurde dadurch auch das Verbleiben jüdischer Schüler ermöglicht, die größtenteils vor der Auswanderung eine staatliche Umschulung vermeiden wollten (Werner 1999, S. 227, Hardorp 1998, S. 57f).

Im Zuge der Gestapo-Aktion im Juni 1941 war der Berliner Waldorflehrer Erich Weismann bei einer nach Abschluss der Umschulungskurse weitergeführten privaten Unterrichtstätigkeit mit ehemaligen Berliner Waldorfschülern auf Hiddensee verhaftet worden. Im Gefängnis am Alexanderplatz traf er dann auf seine zuvor verhafteten Berliner Kollegen Ernst Weißert und Lotte Ahr. Auch sie waren gefangengenommen worden wegen „Fortführung einer verbotenen Pädagogik“.

Anna-Sophia Bäuerle schreibt über ihre Schulzeit an der Berliner Rudolf-Steiner-Schule in der Nazizeit:

„Eines Tages stand Fräulein Duberg, die einzige ältere Lehrerin, vor uns. Schaurig tobte sie los, die große schlanke Gestalt mit dem wehenden weißen Haarbusch – ein unvergessliches Bild: Wer hat zu einem meiner Jungen ‚du alter Jude‘ gesagt?“ Sie ballte die Fäuste, sie schrie, rannte bedrohlich auf und ab. Uns erstarrte das Blut in den Adern – wie oft habe ich mir sagen müssen: Was wäre wohl in Deutschland verhindert worden, wenn alle Lehrer so geschrien hätten?“ (in Hardorp 1998, S. 58)

Schon Steiner hatte sich wiederholt deutlich gegen den Antisemitismus ausgesprochen. Hans-Jürgen Bader, Manfred Leist und Lorenzo Ravagli haben hierzu kürzlich eine neue Studie vorgelegt (Bader, Leist, Ravagli 2001).⁷

Die Sondersituation von Wandsbek und Dresden

Keine Waldorfschule in Deutschland hat den Nationalsozialismus überlebt. Sechs Schulen stellten von selbst ihren Betrieb ein (Hamburg-Altona am 6.4.1936, Hannover am 9.7.1937, Berlin am 26.8.1937, Kassel am 27.6.1938, Breslau am 24.3.1939, Hamburg-Wandsbek am 21.3.1940), wobei für einige Klassen durch sogenannte Umschulungskurse de facto der Schulbetrieb noch ein Jahr weiterlief; die Essener Schule war schon am 26.3.1936 durch die NS-Behörden geschlossen worden (Götte 2000, S. 326), die Stuttgarter Waldorfschule wurde am 1.4.1938 zwangsgeschlossen, die Dresdener am 5.7.1941 (vgl. die tabellarische Übersicht in Werner 1999, S. 374 f).⁸ Kurz nachdem Mergenthaler im Frühjahr 1938 der Stuttgarter Mutterschule die Genehmigung entzogen hatte, so Werner,

„hob Rust die Schüleraufnahmesperre für die Freie Goethe-Schule in Wandsbek und die Rudolf-Steiner-Schule in Dresden am 14. April 1938 wieder auf, mit der – für die Waldorfpädagogik zweifelhaften Perspektive – der Umwandlung in staatliche Versuchsschulen. Damit kam der zwischen der Stuttgarter Lehrerschaft und dem von Elisabeth Klein [für die Dresdner Waldorfschule] eingeschlagenen Weg seit Jahren bestehende Gegensatz nun auch in den behördlichen Entscheidungen zum Ausdruck.“ (Werner 1999, S. 224)

Der Wandsbeker Freien Goethe-Schule wird diese Entscheidung aber nie mitgeteilt. Die Hamburger Schulverwaltung, unterstützt vom dortigen Reichsstatthalter, verlangte weiter die Schließung der Schule (Werner 1999, S. 228). „Die Einstellung des Betriebes der Freien Goethe-Schule wurde jedoch dadurch herbeigeführt, dass alle Lehrer auf Veranlassung des Reichsführers SS [Himmler] beim Ernährungsdienst dienstverpflichtet wurden“.⁹

Somit nimmt die Rudolf-Steiner-Schule Dresden eine besondere Stellung ein. Der Verhandlungsstil Elisabeth Kleins, die nun im Alleingang weitere Unterstützung bei Alfred Leitgen (aus dem Stab des Stellvertreters des Führers) suchte und fand, war schon immer insbesondere von der Stuttgarter Waldorfschule als anbietend empfunden und scharf kritisiert worden (Werner 1999, S. 211). Im Gegensatz zu Achim Leschinsky, der Kleins Verhalten als charakteristisch für die Waldorflehrerschaft beurteilte (Leschinsky 1983, S. 269 ff), schreibt Uwe Werner:

„Gegenüber den Kollegen der anderen Waldorfschulen stand Klein zunächst ebenso allein da wie die übrig gebliebene Dresdner Schule. Die meisten verantwortlichen Waldorflehrer hatten sich ja von ihrem Vorgehen distanziert. Insbesondere waren die Kritiker mit dem Bild, das Klein den Behörden von der Waldorfpädagogik vermittelte, nicht einverstanden. Aber Elisabeth Klein hat sich nie in eine kollegiale Disziplin einbinden lassen, weder im Bund der Waldorfschulen noch in der Dresdener Schule. Sie hat damit niemals die Schulen offiziell vertreten. Sie galt aber dennoch in den Augen der Behörden als Repräsentant der Waldorfschulen. So hat, und das muss man auch sehen, Elisabeth Klein das Dach geschaffen, unter dem eine beträchtliche Anzahl von Lehrern ihre Arbeit ungestört fortsetzen konnte. Immerhin existierte die Dresdner Schule noch als einzige, und an ihr konnte in erheblichem Maße waldorfpädagogisch gearbeitet werden. [...] An die Dresdner Schule gingen acht Lehrer aus Stuttgart, drei aus Hannover, zwei aus Wandsbek und einer aus Breslau. Außerdem zog eine Reihe von Schülereltern von Stuttgart nach Dresden. Im September 1940 war die Zahl der Schüler auf 400 angewachsen.“ (Werner 1999, S. 234)

Über die praktische pädagogische Arbeit an der Dresdner Schule während dieser letzten Jahre gibt es eine ganze Reihe von Berichten ehemaliger Lehrer und Schüler, die in einem Gedenkheft zum 50jährigen Jubiläum der Schule (1929–1979) zusammengefasst wurden.¹⁰ Daraus lässt sich erkennen, dass die Schule praktisch ungehindert die Waldorfpädagogik fortführte (Werner 1999, S. 237), obgleich in der Konzeption des Amtes Heß für staatliche Versuchswaldorfschulen eigentlich vorgesehen war, die anthroposophischen Lehrer durch nazitreue Lehrkräfte zu ersetzen. Letzteres geschah aber nie – das Amt Heß hatte an der einzig verbleibenden Waldorfschule offensichtlich das Interesse verloren. – Der „Schutz“ des Amtes Heß ging mit dem Englandflug von Heß am 10. Mai 1941 endgültig verloren. Am 5. Juli 1941 wurde die Schule durch die Schulverwaltung, der Schulverein durch die Gestapo liquidiert (ebd. S. 236).

In den Oktobertagen 1945 wurde die Schule von Lehrern und Eltern wieder eröffnet und bestand noch bis zur erneuten „Gleichschaltung“ durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands im Jahre 1949. Bald nach dem Ende der DDR wurde eine neue Dresdner Waldorfschule eröffnet, die nach einigen Jahren sogar das Gebäude der ursprünglichen Waldorfschule beziehen konnte. Waldorfpädagogik scheint in der Aura der Stadt stets weitergelebt zu haben, denn mit einem in den neuen Bundesländern unvergleichbaren Zustrom musste 1998 ein zweiter Zug an der Dresdner Waldorfschule eingerichtet werden.

Anmerkungen

1. Das Gutachten ist vollständig bei Leschinsky 1983 abgedruckt, S. 279 ff.
2. Peter Bierl, Mitbegründer der Ökolinx Partei Jutta Dittfurths, verkehrt Baeumlers Urteil, trotz akribisch befußnoteter Quellen, die aber bei Bedarf sinnenstehend nur zur Hälfte zitiert werden, ins Gegenteil: „Der Nazipädagoge [Alfred Baeumler] lobte die ‚Menschenkunde‘, die dem Waldorfsystem zugrundeliege, und betonte den Rassismus als wesentliche Übereinstimmung zwischen der Menschenkunde des Nationalsozialismus und der Rudolf Steiners“, schreibt Bierl auf Seite 151 seiner Schmähchrift *Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister. Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik* (Hamburg 1999) und unterschlägt dabei das entscheidende Wort „scheint“ sowie Baeumlers eigentliches Fazit. Grundlage eines „Rassismus“ in der Anthroposophie sieht Bierl in der von Steiner für nur wenige Jahre (1904–1906) benutzen theosophischen Terminologie der „Wurzel- und Unterrassen“. Er übergeht dabei, dass Steiner mit diesem übernommenen theosophischen Vokabular nicht Rassen, sondern das Wirken von Kulturepochen zeitlich voneinander abgrenzte (wie z.B. die Zeit der persisch-ägyptischen Hochkulturen von dem späteren kulturgeschichtlichen Einfluss Griechenlands und Roms). Er verschweigt auch die Tatsache, dass sich Steiner schon 1906 von diesem Vokabular distanzierte und es nie wieder nutzte (vgl. Luzifer Gnosis Nr. 32, Sommer 1906, S. 627, abgedruckt in: Aus der Akascha-Chronik, GA 11, Dornach 1969, S. 208), und er ignoriert den Vortrag vom 4.12.1909, wo Steiner dieses Vokabular rückblickend als „Kinderkrankheit der theosophischen Bewegung“ bezeichnete und hinzufügte: „Aber man muss über die Kinderkrankheiten hinauskommen und sich klar sein darüber, dass der Rassebegriff aufhört, eine jegliche Bedeutung zu haben in unserer Zeit“ (in: Die tieferen Geheimnisse des Menschheitswerdens im Lichte der Evangelien, GA 117, Dornach 1966, S. 152). Siehe auch Bader, Ravagli 2002.
3. Bundesarchiv Abteilung Potsdam / 62 Di. 1. Vgl. auch die abschließenden Bemerkungen in: Wagner, Band 2, S. 56 ff.
4. Verfügung des Württembergischen Evangelischen Oberschulrats Nr. 2995 vom 12. Februar 1934. Archiv Bund der Waldorfschulen 4.7.279.
5. Reichserziehungsministerium an Kultusminister in Stuttgart, 4. Juni 1935. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, R 4901–3285.
6. Gegenteilige Behauptungen, die gelegentlich darin gipfeln, Heß als Anthroposophen zu bezeichnen, sind sachlich falsch. Siehe auch den einschlägigen Brief von Ilse Heß, abgedruckt in Wagner 1993, 5. Band, S. 97 sowie Leber/Leist 1983, S. 344.

7. Hans-Jürgen Bader/Manfred Leist/Lorenzo Ravagli: *Rassendideale sind der Niedergang der Menschheit. Anthroposophie und der Antisemitismusvorwurf*. Nicht zu verwechseln mit dem neueren Buch von Hans-Jürgen Bader und Lorenzo Ravagli zum Verständnis von Steiners Bemerkungen über Rassen im historischen Kontext und zu ihrem Stellenwert in der anthroposophischen Geisteswissenschaft, Hans-Jürgen Bader/Lorenzo Ravagli: *Rassendideale sind der Niedergang der Menschheit. Anthroposophie und der Rassismusvorwurf*.

8. Die Essener Schule hatte aus wirtschaftlichen Gründen als Folge interner Probleme schon 1936 sich selbst geschlossen. Vgl. Leber/Leist 1983

9. Bericht der Freien Goethe-Schule Wandsbek an das Reichserziehungsministerium vom 8.3.1940. Archiv Bund der Waldorfschulen 3.1.233.

10. Vgl. Gedenken an die Rudolf-Steiner-Schule Dresden, Gerlingen 1980.

Literatur

Hans-Jürgen Bader, Manfred Leist, Lorenzo Ravagli: *Rassenideale sind der Niedergang der Menschheit. Anthroposophie und der Antisemitismusvorwurf*. Stuttgart 2001.

Hans-Jürgen Bader, Lorenzo Ravagli: *Rassenideale sind der Niedergang der Menschheit. Anthroposophie und der Rassismusvorwurf*. Stuttgart 2002.

Götte, Wenzel M.: *Erfahrungen mit Schulautonomie – Das Beispiel der Freien Waldorfschulen*. Dissertation an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld 2000.

Hardorp, Detlef (Hrsg.): *70 Jahre Waldorfpädagogik in Berlin*. Berlin 1998

Leber, Stefan und Leist, Manfred: *Waldorfschule im Dritten Reich*. In: *Erziehungskunst, Monatsschrift zur Pädagogik Rudolf Steiners*. Juni und Juli/August 1983, S. 341 ff und S. 409ff

Leschinsky, Achim: *Waldorfschule im Nationalsozialismus*. In: *Neue Sammlung*, H. 3, Mai/Juni 1983, S. 255

Wagner, Arfst (Hrsg.): *Beiträge zur Dreigliederung des sozialen Organismus, Dokumente und Briefe zur Geschichte der anthroposophischen Bewegung und Gesellschaft in der Zeit des Nationalsozialismus*, Band 1–5. Rendsburg 1991–1993

Werner, Uwe: *Anthroposophen in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945)*. München 1999

Dieser Aufsatz ist auch in der Reihe *Basiswissen Pädagogik. Reformpädagogische Schulkonzepte* in Band 6: *Waldorf-Pädagogik* im Schneider Verlag Hohengehren 2002 erschienen (S. 132–141).

Über den Autor: Detlef Hardorp, geb. 1955, Ph.D. (Princeton) in Mathematik, war Mathematiklehrer an Waldorfschulen in Hessen und Bayern, derzeit Bildungspolitischer Sprecher der Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg.